

Lichtenstein-Callberger Tageblatt

früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Kusdorf, St. Igidien, Heinrichsort, Marienan und Nüssen.
Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

Nr. 134.

Verlagsort: Lichtenstein
Nr. 7.

18. Jahrgang.
Mittwoch, den 15. Juni

Telegraphen-Adressen:
Lichtenstein

1898.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfennige. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Markt 179, alle Kaiserl. Postämter, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Inzerate werden die vierzehntägige Korrespondenz oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Ausnahme der Inzerate täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr.

Airshenverpachtung.

Die diesjährige Nutzung von den fiskalischen Airshenbäumen an den Straßen der nachgenannten Amtstrassenmeisterrückstände soll gegen sofortige bare Bezahlung und unter den sonstigen, vor Beginn des Termins bekannt zu gebenden Bedingungen öffentlich an die Meistbietenden verpachtet werden, als:

Sonnabend, den 18. Juni d. J.,

vormittags 11 Uhr,

in der Schützenhalle in Glauchau die Nutzung der Alleen im Glauchauer Amtstrassenmeisterrückstände;

Montag, den 20. Juni d. J.,
nachmittags 2 Uhr,

im alten Schichhause in Lichtenstein die Nutzung der Alleen im Lichtensteiner Amtstrassenmeisterrückstände.

Rückau und Glauchau, am 10. Juni 1898.

Königliche Straßen- und Wasser-Inspektion. Königliche Bauverwaltung.
Döbner. Stebischer.

Bibliothek Mittwoch und Sonnabend von 12—1 Uhr.

Wahlversammlung der reichsten Parteien in Lichtenstein.

Im Saale des Hotels zum goldenen Helm hier fand am Montag abend eine vom Städtischen Verein einberufene Wahlversammlung statt, in welcher auch der Kandidat der vereinigten Ordnungsparteien, Herr Ingenieur Böge aus Glauchau, anwesend war. Die Versammlung war von Wählern unseres Bezirks, welchen nur durch Karten der Eintritt gestattet worden war, zahlreich besucht. Kurz nach 8 Uhr begrüßte der Vorsitzende des Städtischen Vereins, Herr Rechtsanwalt Stiebler, die Erschienenen, zugleich bemerkend, daß der Städtische Verein nur nationale Interessen verfolge und daher auch nur etwaige Neben in diesem Sinne gestattet wären, stellte alsdann Herrn Böge der Versammlung vor und übergab demselben das Wort zur Entwicklung seines Programms.

Herr Böge führte nunmehr ungefähr folgendes aus: Meine geehrten Herren! Wie Ihnen allen bekannt sein wird, bin ich seinerzeit im Februar d. J. von den Herren Vertrauensmännern der vereinigten Ordnungsparteien des 17. sächsischen Reichstagswahlkreises einstimmig als Kandidat für die bevorstehende Reichstagswahl aufgestellt worden. Nun, meine Herren, als seinerzeit die Frage an mich gerichtet wurde, ob ich diese Kandidatur annehmen wolle, da hat ich mir selbstverständlich Bedenken aus. Auf der einen Seite sagte ich mir, es ist eine große Ehre für Dich, daß man dieses Vertrauen in Dich setzt. Auf der andern Seite aber war ich mir bewußt, daß es eine unendlich große und schwere Aufgabe sei, die man Dir gestellt. Alle meine nächsten Freunde wissen, daß ich nicht weniger als ehrgeizig bin, und so hätte ich bald nein gesagt. Da die Wahl auf mich gefallen war, nahm ich sie aber an. Was mir dazu den Mut gab, das ist vor allen Dingen die Liebe zum großen deutschen Vaterlande, die Liebe zu meinen Mitbürgern im 17. sächsischen Wahlkreise, in der ich mir sagte: Wir wollen doch den Sozialdemokraten unsere Wahlkreis nicht auf dem Präsentierteller darrbringen. Nun habe ich als Soldat dem Vaterlande gern in einer langen Dienstzeit meine Kräfte, ja, wenn es nötig gewesen, auch Leben und Blut zur Verfügung gestellt; und so stelle ich meine Kräfte auch hier gern in den Dienst einer edlen Sache. Ich verspreche Ihnen, ich werde mein Bestes daran setzen, um mich der hohen Ehre Ihres Vertrauens würdig zu zeigen.

Ich halte es, da mich der größte Teil der hier Anwesenden nicht kennt, für unbedingt notwendig, einige Worte über meine Person zu sagen: Ich komme aus einer Beamtenfamilie, mein Vater und dessen Vorfahren waren Beamte, während mein Groß- und Urgroßvater mütterlicherseits dem Delonomenstand angehörten. Unter meinen Brüdern und Verwandten ist auch heute noch der Beamten- und Delonomenstand vertreten. Nach meiner Schul- und speziell technischen Ausbildung zu meinem Beruf als Maschinen-Ingenieur habe ich ca. 1 1/2 Jahre in den verschiedensten Zweigen der Maschinenbranche praktisch gearbeitet und habe so am Schraubstock, an der Drehbank, der Hobelbank, am Schweißbrenner etc., auch zum Teil die Velden und Freuden des Arbeiters kennen gelernt. Nachdem ich in verschiedenen größeren und kleineren Etablissements technisch und auf der Reise thätig gewesen, hat mich das Schicksal nach Glauchau gebracht, woselbst ich jetzt Chef der Firma Hermann Gentsch bin. Auf meine ganze Lebens-

anschauung hat der Verkehr nicht nur mit den höheren, sondern auch mit den Arbeiterkreisen vielen Einfluß gehabt, so daß ich tatsächlich keinen einseitigen Standpunkt einnehme.

Redner kam nun auf seine politische Stellung zu sprechen und betonte, daß er sich erst seit seiner Aufstellung als Kandidat eingehender und fleißiger mit Politik beschäftigt habe. So, als junger Politiker, nehme er keinen Parteipunkt ein, wie er überhaupt nationale und politische Fragen nicht durch die Parteibrille ansehe. Rein Zeitfern wird sein, so fuhr Herr Böge fort, das Vaterland über die Partei! Ich habe ich Worte eines Reichstags-Abgeordneten gelesen, die ganz aus meinem Innern waren. Derselbe sagte: Ich habe mich in meinem politischen Leben immer bestrbt, kein einseitiger Parteipolitiker zu sein, und dieser Grundsatz hat sich als richtig erwiesen auch in meiner ganzen Thätigkeit. Ich habe gelernt, mit anderen Parteien zusammen zu arbeiten, ich habe mich bemüht, mit ihnen in der oder jener Frage einen gemeinsamen Boden zu finden, und ich habe zugleich auch gelernt, den Gegner zu achten und von ihm zu lernen.

Meine Herren! Ich stehe fest in unwandelbarer Treue zu Kaiser und Reich, König und Vaterland. Das Vermächtnis unseres großen Kaisers Wilhelm I. und seines großen Kanzlers, des Fürsten Bismarck, das Deutsche Reich zu erhalten, zu kräftigen und zu stetem Glanz zu erheben, soll allezeit mein erstes Ziel, meine erste Pflicht sein. Mit freudigem Stolz erfüllt mich daher die kräftige Wahrung deutscher Interessen auf dem Gebiete der auswärtigen und kolonialen Politik. Auch für die Erhaltung des Friedens setzt ja die deutsche Politik ihren ganzen Einfluß ein. Ihr Bestreben ist auf die Sicherung deutscher Arbeit im Innern und des Absatzes deutscher Erzeugnisse im Auslande gerichtet. Dazu aber bedürfen wir eines mächtigen, starken Heeres und einer schlagfertigen Flotte. Deshalb habe ich es mit Freuden begrüßt, daß die Erhaltung des nationalen Geistes und das Verständnis für Machtfragen in weite Kreise des Volkes gedrungen ist. Eine feste Kammer werde auch geschaffen durch die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Redner gelobte dann des weiteren einzutreten für die geistliche und stetige Entwicklung unserer ganzen heutigen Kulturzustände, so für die weitere Entwicklung der Sozialreform, für eine kräftige Förderung der Gesetzgebung für den Mittelstand. Seine Sorge richte sich auch auf die landwirtschaftliche Bevölkerung und auf das Bestreben, wie ihr zu helfen sei durch Gesetzgebung wie Verwaltung und Selbstthätigkeit. Diese praktischen Ziele sind aber nicht mit Phrasen und mit phantastischen Programmen zu erreichen, wie die Sozialdemokratie es macht, sondern auf dem Wege gesunden und richtigen Fortschritts.

Das Schlagwort des heutigen Tages sei die Befähigung des allgemeinen Wahlrechts. Meine Herren! Die Geschichte lehrt, daß freihetliche Verfassungen nur durch revolutionäre Bewegungen in Gefahr geraten. Die Gefahr für das Wahlrecht liegt nicht bei uns, sondern bei den Sozialdemokraten. Das Wahlrecht hat viele Vorteile gewährt und vor allem dazu beigetragen, daß das nationale Gefühl geweckt wurde. Wohl hat das jetzige Wahlrecht auch Nachteile, die sind aber mit jedem andern System eines Wahlrechts auch verbunden und können

deshalb nicht als Argument gegen das jetzige Wahlrecht ins Feld geführt werden. Und vor allem ist zu beachten, daß das jetzige Wahlrecht stets bei nationalen Fragen seine Schuldigkeit gethan hat. Die Gefahr für dieses Wahlrecht liegt daher nicht bei uns, sondern in der sozialdemokratischen Bewegung. Das Wahlrecht könnte nur gefährdet werden durch ein Anwachsen der sozialistischen Gefahr. Deshalb schädigen diejenigen das Wahlrecht, welche die Sozialdemokratie fördern.

Ebenso halte ich an dem Koalitionsrecht fest. Auch die Arbeiterversicherungs- und Arbeiterbeschäftigung betrachte ich als ein Erfordernis menschlicher Gerechtigkeit. Es herrschen nur noch Klagen über die bestehenden Versicherungsgesetze und zwar mit Recht. Wir müssen suchen, die Organisation dieser Versicherung zu vereinfachen und eine Vereinfachung der Verwaltung herbeizuführen, um die Lasten zu mildern, speziell bei der Alters- und Invaliditätsversicherung. Unter Berücksichtigung des ausländischen Wettbewerbs müssen diese Arbeiter-schutz- und Versicherungsgesetze weiter ausgebaut werden. Auch die Lösung der Frage der Witwen- und Waisenversorgung ist ein sozialpolitisches Ziel, das nicht aus dem Auge gelassen werden darf. Darunter fallen ebenso auch die Bestrebungen, den niederen Beamten bessere Existenzbedingungen zu verschaffen.

Ich komme nun zu den wirtschaftlichen Fragen, die gegenwärtig im Vordergrund stehen. Industrie und Handel haben einen gewaltigen Aufschwung genommen. Dagegen muß die Landwirtschaft und der Mittelstand schwer ringen und befindet sich zum Teil in offenbarem Notstand. Es ist daher Pflicht, die Interessen des deutschen Mittel- und Bauernstandes, die starken Wurzeln deutscher Kraft zu stärken und zu fördern. Redner wird stets bereit sein, hierbei eifrig mit zu arbeiten und dabei seinen Blick stets auf das Gesamtwohl richten. Was dann die fällige so viel angegriffene Politik der Sammlung anbetrifft, so ist Redner der Ansicht, daß Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe zusammengehen müssen, um den Schutz der nationalen Arbeit zu sichern, denn eine mächtige Industrie, einen lähn entfalteten Handel und eine kräftig entwickelte Landwirtschaft brauchen wir. Deshalb auch sei er der Ansicht, daß bei Handelsverträgen in gleicher Weise die Interessen der Landwirtschaft gewahrt wie den Bedürfnissen des Handels Rechnung getragen werden müsse.

Nun noch einige Worte über die Sozialdemokratie. Es liegt eine große Gefahr in der Verheerung der Arbeiter. Ihrem Auktum gegen die Grundlagen unserer gesamten Kultur, die Kirche, die Familie, das Eigentum, werde ich entschieden entgegen treten. Wir haben genug deutschfeindliche Elemente. Die neuen sich über die Zerstückelung, die im Reich herrscht und bauen auf die Triumphe der Sozialdemokratie, um das mit Blut und Leben teuer erkaufte deutsche Reich zertrümmern zu helfen. Was den Ultramontanismus anbelangt, welcher unser gesamtes Volksleben der römischen Hierarchie unterwerfen will, so werde ich auch den bekämpfen.

Wehr als je gilt es, zu betonen, was uns einigt. Das Wohl des ganzen Volkes zu fördern, ist jedes Einzelnen Pflicht. Einigkeit ist die Grundlage der Macht. Darum, meine Herren! möchte ich Ihnen zurufen, sollten Sie noch irgendwie nicht ganz einig

lung

m

rein.

ng.

r. Chemiker-geodor Arnold

ch einschlagenden

ichst, mein Unter-

ngswoll

er, Glaser.

Seute Dienstag

Schweinschlachten

bei Rob. Wolf,

Lichtenstein,

Alberstr.

hlachten

Restaurante,

Badergasse.

enstein-Callenberg

ngsmittel,

ch-Cham,

g.

Milch,

g.

Mehl,

1.25,

Mehl,

1.25,

Qualität,

s,

Safermehl,

g.

glach,

anstrich

währt,

geruchlos,

tanwendbar,

abagont.

um und

g.

pph, Berlin.

htenstein-

etzmann.

galtigen Beweise

ie reichen Blüde-

wie musikalische

ungen an unserem

s-Jubiläum

Berwandten und

berzichtigten

12. Juni 1898.

Lautenhahn

rau.

ie bei der

isters

erallch-

Juni 1898

nke.